

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

9.12.1929 (No. 287)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentraleinzelblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten im Jahre 1930

Die Meldungen zu der im Spätherbst 1930 abschließenden Staatsprüfung für das wissenschaftliche Lehramt an Höheren Lehranstalten sind nach einer amtlichen Bekanntmachung im Amtsblatt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts spätestens bis 1. Februar 1930, Meldungen zu Erweiterungsprüfungen spätestens bis 15. September 1930 beim Unterrichtsministerium einzureichen. Dabei ist von den Bewerbern der neupraxisgeschichtlichen und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung anzugeben, ob die Prüfung nach der alten Prüfungsordnung vom 2. April 1913 oder nach der neuen vom 19. April 1928 abgenommen werden soll. Für die Bewerber der altpraxisgeschichtlichen Abteilung findet die Prüfung nach der neuen Prüfungsordnung vom 19. April 1928 statt. Erst nach Ablauf der bezeichneten Fristen einkommende Gesuche oder solche mit ungenügenden Nachweisen werden nicht berücksichtigt.

Wegen der Bedingungen für die Zulassung und das Bestehen der Prüfung wird auf die entsprechenden Bestimmungen verwiesen.

Die Prüfung, die nach der Prüfungsordnung vom 2. April 1913 abgelegt wird, gilt nach besonderer Vereinbarung auch für Preußen, Sachsen und Hamburg, nicht aber für die anderen Länder. Eine gleiche Vereinbarung mit den genannten Staaten ist für das in Baden auf Grund erfolgreicher Vorbereitungsarbeiten erworbene Anstellungsfähigkeitszeugnis nicht abgeschlossen.

Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)

Die Kurve der Arbeitslosigkeit stieg in der Berichtszeit vom 28. November bis 4. Dezember in den meisten Bezirken weiter an.

Der Stand der unterstützten Arbeitslosen am 4. Dezember 1920 war folgender:

- In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 58 926 Personen (48 792 Männer, 10 134 Frauen); in der Krisenunterstützung 9424 Personen (7316 Männer, 2108 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 5266 Personen oder 8,3 v. H. von 63 084 Personen (51 190 Männer, 11 894 Frauen) auf 68 350 Personen (56 108 Männer, 12 242 Frauen); dabon kamen auf Württemberg 25 728 gegen 23 178 und auf Baden 42 622 gegen 39 911 am 27. November 1920.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 4. Dezember 1920 auf 1000 Einwohner 13,5 Hauptunterstützungsempfänger gegen 12,5 am 27. November und 11,2 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist im gegenwärtigen Zeitpunkt immer noch höher als im vorigen Jahre zur gleichen Zeit, obwohl die Zunahme an Arbeitslosen im ganzen November dieses Jahres nur 23 000 Personen ausmachte gegenüber 27 000 im November vorigen Jahres.

In der vergangenen Woche war es wiederum das Baugewerbe mit seinen Nebengewerben, welches an der Zunahme der Arbeitslosigkeit überwiegenen Anteil hatte. Für die aus dem Hoch- und Tiefbau freierwerbenden Arbeitskräfte boten sich nur mehr recht wenig neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Zahl der in den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge beschäftigten Hilfsarbeiter ging von 2075 auf 1970 Mann zurück. In der Industrie der Steine und Erden nahmen die Entlassungen in Steinbrüchen, Ziegeleien, Kalk- und Zementwerken und Kommodenfabriken ihren Fortgang. Auch das Bergbauergewerbe nahm weitere Entlassungen von Zeitarbeitern vor und behielt in vielen Bezirken nur mehr die Stammarbeiter. Die Neueinstellungen von Arbeitskräften bei der Reichspost für den Weihnachtverkehr waren bereits nur geringfügig. In der Landwirtschaft war die Vermittlungstätigkeit nicht von Bedeutung, in der Forstwirtschaft dagegen konnten wiederum einige Hundert Arbeitskräfte Beschäftigung finden. Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe sowie in der Berufsgruppe „Hausliche Dienste“ ist für die Vermittlung tote Zeit.

In der Industrie war es vor allem wieder die Metallindustrie, welche durch Abfuhrung von Arbeitskräften zur vermehrten Belastung des Arbeitsmarktes beitrug. Beteiligt an den Entlassungen waren Maschinenfabriken und Eisengießereien, eine Pfugfabrik und die Uhrenfabrikation. Eine badische Waggonfabrik mit 150 Arbeitern hat die Stilllegung ihres Betriebes in Aussicht gestellt. In der Textilindustrie hat sich die günstige Beschäftigung der Strickerinnen im großen und ganzen auf der Höhe der Vormonate gehalten. In anderen Zweigen dieser Industrie dagegen wehren sich die Klagen über schlechten Geschäftsgang. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der Holzindustrie ist hauptsächlich auf den stark sinkenden Beschäftigungsgrad der Sägewerke zurückzuführen. Die Lage in der Rianrennindustrie neigt ebenfalls zur Verschärfung; sie ist

Letzte Nachrichten

Um die Finanzreform

Sozialdemokratie und Koalition

M. Berlin, 9. Dez. (Priv.-Tel.). Um die Gefahr der bevorstehenden Finanzdebatte im Reichstag abzulenken, wird voraussichtlich der außenpolitische Charakter des Schacht'schen Vorgehens stärker betont werden. In politischen Kreisen sieht man die Schwierigkeit darin, die Sozialdemokratie zu einem Einlenken im Sinne Hilferdings zu bewegen, der neben einer allmählichen Senkung der Einkommensteuer um 25 Prozent nicht nur eine Erhöhung der indirekten Steuern, namentlich der Tabak- und Biersteuern bringen will, sondern auch den Gemeinden eine Kopfsteuer zuweisen möchte. Es wird daher eines starken Drucks, namentlich seitens des Reichskanzlers bedürfen, um eine Sprengung der Koalition zu verhindern.

Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß in einzelnen bürgerlichen Kreisen eine Kritik nicht ungerne gesehen wird, weil man sich der vagen Hoffnung hingibt, daß das alte Kabinett dann wiederkehren wird, unter Ausföhrung Dr. Hilferdings. Doch nimmt die Sozialdemokratie unter allen Umständen diesen Posten für sich in Anspruch, für den sie nach unseren Informationen den Wirtemberger Dr. Keil bereit hält, der aber ein Gegner aller indirekten Steuern ist. Damit würde sich die Kombination erübrigen, die sehr häufig jetzt geäußert wird, nämlich, den preussischen Ministerpräsidenten Braun (Soz.) und den preussischen Finanzminister Höpker-Ashoff (Dem.) von Preußen in das Reich hindüberzuholen.

Voraussichtlich wird erst am Samstag die Abstimmung über das Vertrauensvotum erfolgen. Daraus geht hervor, daß irgendeine Entscheidung über die Finanzfragen vor Erledigung des Youngplans nicht fallen kann, da ja der Reichstag mit Rücksicht auf die Haager Konferenz erst spät im Januar seine Sitzungen wieder aufnehmen kann.

Abschied des Nuntius Pacelli

M. Berlin, 9. Dez. (Priv.-Tel.). Der Reichspräsident empfing heute in Gegenwart des Chefs des Protokolls, Grafen Tattenbach, den Reichsaußenminister Dr. Curtius und den Staatssekretär v. Schubert, die das Abberufungsschreiben des Nuntius Pacelli überreichten. Dem Nuntius, dessen Ernennung zum Kardinal bekanntlich bevorsteht, wurden die üblichen militärischen Ehren erwiesen.

Der Berliner Oberbürgermeisterposten

Seimerich, Mannheim, Nachfolger Böß?

M. Berlin, 9. Dez. (Priv.-Tel.). In Berliner städtischen Kreisen nimmt man ohne Unterbruch der Partei an, daß Oberbürgermeister Dr. Böß, auch wenn das Disziplinarverfahren gegen ihn mit Freispruch endet, auf seinen Posten nicht mehr wiederkehren wird. Verhandlungen über seinen Nachfolger sind bereits eingeleitet worden. Allerdings handelt es sich um unverbindliche Vorbesprechungen. Nach der „B. Z.“ kommen in erster Linie zwei Kandidaten in Frage, nämlich der frühere demokratische Reichsminister Dr. Koch-Weser, der aber nach unseren Informationen keine besondere Neigung hat, das Amt zu übernehmen; und der jetzige (sozialdemokratische) Oberbürgermeister von Mannheim, Dr. Seimerich.

Die Kabinettskrise in Polen

Warschau, 9. Dez. (Tel.). Zur Frage der Regierungsbildung, die, nach dem am Samstag erfolgten Rücktritt des Kabinetts Ewalski heute Gegenstand von Unterredungen des Staatspräsidenten mit dem Sejmarschall und dem Senatsmarschall bilden wird, bezeichnet der sozialistische „Robotnik“ das Gerücht, wonach innerhalb der maßgebenden Kreise der Gedanke Oberhand gewonnen habe, eine gemäßigtere Regierung zu berufen, die eine Verschärfung der Situation vermeiden und mit dem Sejm zusammenarbeiten wolle. Der polnische Gesandte in Moskau, Patel, und der ehemalige Ministerpräsident Bartel werden in diesem Zusammenhang als ausföhrliche Kandidaten genannt.

Die im Regierungslager stehende Presse erklärt, daß das vom Sejm gegen die Regierung am Freitag ausgesprochene Mißtrauensvotum eine Sinnlosigkeit gewesen sei, da jede grundsätzliche Änderung des Systems unmöglich wäre.

aber bisher nur wenig in Erscheinung getreten, weil die meisten Betriebseinsparungen erst an Weihnachten oder Neujahr vorgenommen werden sollen. Der günstige Beschäftigungsstand der Schuhindustrie ist erhalten geblieben, während in der Schneiderei und in der Konfektion die Lage ziemlich unbefriedigend ist. Die Vorbereitungsarbeiten für den Volksentscheid gaben an vielen Orten den zahlreichen Stellenlosen aus den Angestelltenberufen kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch die Vermittlungstätigkeit für Ausführen für den Weihnachtverkauf war ziemlich belebt.

Die bayerischen Gemeindewahlen

Erfolge der Nationalsozialisten — Verluste der Mittelparteien

München, 9. Dez. (Tel.). Die Wahlbeteiligung bei den Gemeindewahlen in Bayern ist mit 79 bis 80 Prozent anzunehmen, dürfte also den Durchschnitt der Wahlen von 1924 erreichen, wenn nicht übertreffen. Aus den bisher gemeldeten Ergebnissen läßt sich ein ziemlich sicherer Schluß auf den Wahlausgang ziehen. Der hervorsteckendste Zug ist das außerordentliche Anwachsen der Nationalsozialisten. In den von dem Landesdienst des Städt. Korrespondenzbüros erfaßten Städten und Gemeinden haben die Nationalsozialisten insgesamt 62 Mandate neu gewonnen und ihren Bestand teils verdoppelt, teils verdreifacht. Als zweites Charakteristikum zeigt die Wahl eine stellenweise sehr beträchtliche Dezimierung der bürgerlichen Mittelgruppen, die in den verschiedensten Kombinationen in den Wahlkampf gingen. In ganzen ist der Mandatsverlust in den diesen Zahlen zugrunde liegenden Kommunen mit rund 50 Mandaten anzunehmen.

Besonders auffällig sind an den Einheitslisten auch die Deutschnationalen beteiligt gewesen. Wo die Deutschnationale Volkspartei allein in den Wahlkampf gegangen ist, läßt sich ebenfalls ein starker Rückgang der Mandatszahlen feststellen. Ebenso haben Demokraten und Deutsche Volkspartei, die nirgends eigene Listen aufgestellt hatten, Teil an dem Rückgang der Einheitslisten. Im Gegensatz hierzu steht ein beträchtliches Anwachsen der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes.

Die Bayer. Volkspartei und der Bayer. Gewerbe- und Mittelstandsbund haben ihren Bestand im wesentlichen gewahrt. Die Sozialdemokratische Partei hat mehrfach nicht unbeträchtliche Mandatsgewinne, aber an anderen Punkten auch Verluste zu verzeichnen, die sich ziemlich die Waage halten. Das gleiche gilt von den Kommunisten.

Die Stadträte in München, Augsburg und Regensburg verfügen über eine zweifelhafte bürgerliche Mehrheit. In den genannten drei Städten dürfte die Bayer. Volkspartei wieder die ersten Bürgermeister stellen. In Nürnberg stehen 19 bürgerlichen Seiten 21 Sozialdemokraten und zwei Kommunisten gegenüber. Hier bilden die acht Mandate der Nationalsozialisten das Rückgrat an der Waage.

Einzelergebnisse

München: Der neue Münchener Stadtrat wird sich wie folgt zusammensetzen: Sozialdemokraten 17 Sitze (16), Deutschnationale Volkspartei 3 (6), Komm. 3 (2), Bayer. Vp. 12 (14), Nat.-Soz. 8 (4), Grund- und Hausbesitzer 2 (1), Freie bürgerliche Mitte 3 (4). Die aus Demokraten, Deutsche Volkspartei und Partei des Deutschen Mittelstandes gebildete freie bürgerliche Mitte, die bei den Wahlen 1924 getrennt vorgegangen waren, hat demnach trotz des Zusammenschlusses einen Sitz verloren. Außerdem sind im Münchener Stadtrat neu der Gewerkschaftsring mit einem Sitz, und eine Bayer. Mittelstandspartei, ebenfalls mit einem Sitz.

Augsburg: Sozialdemokraten 18 (bisher 17 Mandate), Deutschnationale 3 (4), Kommunisten 4 (3), Demokraten 2 (0), Bayerische Volkspartei 17 (14), Wirtschaftspartei 2 bzw. 3 (5 bzw. 4), Nationalsozialisten 3 (1) Mandate.

Kempten i. Allgäu: SPD. 6 Mandate (4), Bayer. Vp. 5 (6), Nat.-Soz. 2 (1), Bürgerl. Einheitsliste (bisher 2 Deutschnationale, 1 Demokrat, 2 Beamte und Angestellte) 4 Mandate, Haus- und Grundbesitz 1 (0), Wahlbeteiligung 80 v. H.

Regensburg: SPD. 7 Mandate (9), Natl. 1 (3), SPD. 0 (1), Dem. 4 (5), Bayer. Vp. 14 (15), Nat.-Soz. 1 (1), Bürgerl. Einheitsliste (zusammengesetzt aus D.Vp. und Mittelstandspartei) 1 (0), Mieter und Verbraucher 2 (2).

Bamberg: SPD. 6 (7), D.Vp. 1 (2), Demokraten — (1), Bayer. Volkspart. 12 (9), SPD. 2 (—), Nat.-Soz. 5 (2), Haus- und Grundbesitz 2 (3), Wirtschaftvereinigung 2 (5).

Nürnberg: Soz. 21 (22), Nat.-Soz. 8 (5), Dem. 2 (3), Bayer. Volksp. 5 (4), Dnt. 2, Dt. Volksp. 1, Ehr. Volkssdienst 3, Mittelstandspartei 5 (4), Schwarz-Weiß-Komm. 2, Wahlbeteiligung etwa 82 Proz.

Kürich: SPD. 19 (21), SPD. 2 (0), Bayer. Vp. 2 (2), Nat.-Soz. 4 (1), Liste Selbstständigkeit 8 (bisher Bürgerl. Arbeitsgemeinschaft 7, Sozialrentner 1), Volksgemeinschaft (Deutschnationale) 1 (0), Fortschritt. Arbeitsgemeinsh. 3 (0).

Sof: SPD. 13 (13), Nat.-Soz. 5 (3), Haus- und Grundbes. 1 (—), Beamte und Angestellte 3 (4), Ordnungsbund 8 (10).

Würzburg: SPD. 10 Mandate (9), D.Vp. und D.Vp. 2 (4), Dem. 4 (5), Bayer. Vp. 16 (17), Nat.-Soz. 4 (1), Mittelstand 3 (3), Christlich-Soziale 1 (1).

Bayreuth: Soz. 13 (13), SPD. 1 (1), Bürgerl. Vgg. 2 (18), Nat.-Soz. 9 (0), Vp. 3 (0), Beamten 2 (0).

Ashaffenburg: Vp. 13 Sitze (15), Christl.-Soz. (0), Soz. 8 (8), Nat.-Soz. 2 (0), Dem. 3 (4), Vp. 2 (0), Nat. Bürgerpartei 1 (3), R. (0), Freie Bürgervereinigung 1 (0).

Speyer: Soz. 9, Zentrum und Bayer. Volksp. zusammen 9, Dt. Volksp. 5, Komm. 2, Dem. 1, Wirtschaftsp. 2, Nat.-Soz. 7 Sitze.

Rudwigschafen: Sozialdemokraten 14, Zentrum 8, Wirtschaftspartei 3, Volkspartei 3, Kommunisten 3, Demokraten 2, Nationalsozialisten 8 und Christl. Volksbund 1 Sitz.

Neustadt a. d. O.: Soz. 6, Bayer. Volksp. und Zentrum zusammen 5, Gewerbebund 2, Wirtschaftspartei 3, Mieterverein 1, Komm. 2, Dem. 1, Protest. Bürgerklub 3, Dt. Volkspartei 2, Nat.-Soz. 4 Sitze.

Birmasens: 5 Mandate, Nat.-Soz. 10, Bayer. Volksp. und Zentrum zusammen 4, Komm. 5, Bürgerl. Mitte 3, Dt. Volksp. 3, Dntl. 0.

Der Stand der Saarverhandlungen

Aber den Stand der Verhandlungen der Saardelegationen erfährt der Pariser Vertreter des V.V.:

Deutschnationaler Arbeiterbund gegen Eugenbergs

Der deutschnationale Arbeiterbund hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung des erweiterten Ausschusses ab.

Die Verfassungsreform in Österreich

Der österreichische Nationalrat hat am Samstag nach 8 1/2-stündiger Sitzung die Verfassungsvorlage der Regierung in der durch die Beratungen des Unterausschusses und des Verfassungsausschusses festgelegten Form in zweiter und dritter Lesung endgültig verabschiedet.

Das neue tschechoslowakische Kabinett

Am Samstag wurden die Handzeichen des Präsidenten der Republik veröffentlicht, durch welche die neue tschechoslowakische Regierung, eine Konzentrationsregierung, ernannt wird.

Die Parteiführer der Regierungsparteien im Reich sind auf Dienstag vormittag zu einer interfraktionellen Besprechung zur Vorbereitung der für Mittwoch angeordneten Regierungserklärung über die kommende Finanzreform zusammenberufen worden.

Für Einverleibung Mecklenburg-Schwerins. In einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei in Schwerin trat der Führer der mecklenburgischen Demokraten, Staatsminister a. D. Dr. Müller, dafür ein, daß Mecklenburg-Schwerin Preußen einverleibt werde.

Der deutsch-polnische Vertrag. Der im Wortlaut noch nicht bekanntgegebene deutsch-polnische Vertrag wird nach dem Abschluß der politischen Debatte im Reichstage den Länderregierungen bekanntgegeben werden.

Badisches Landestheater

Christinchens Märchenbuch

Für die Güte einer Kindervorstellung bleibt immer wieder der beste Gradmesser die Haltung des kleinen Publikums selbst, und am theatralischen Weihnachtsmarkt insbesondere verdient das Märchenstück den Vorzug, das nicht nur als Unterhaltungswerk für die kleinen Besucher erdacht ist, sondern ihnen mit seiner scheinbaren Bortwagnahme der Feststimmung etwas doppelt Süßes beibringt.

Ulrich von der Trend aber, der bekannte Hausmärchen-dichter unseres Landestheaters seit Jahren, hat es nicht allein auf die simple Einfalt der kleinen und kleinsten Zuhörer abgesehen, und sein Märchenbuch ist keineswegs bloß eine Kinderangelegenheit, zu der wir GroÙe uns mit viel List und Wehmut erst wieder ein bisschen infantilisieren müßten.

Nur noch Weniges zur Aufführung selbst, die in so ausgezeichnetem Kontakt vor sich ging, daß bei einigen Fragen Kinderstimmen aus dem Zuschauerraum mit klugen Antworten

Die Landtagswahlen in Thüringen

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis

Nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis der Thüringer Landtagswahl ergibt sich folgendes Bild:

Bei den Wahlen im Januar 1927 erhielten Stimmen: Sozialdemokratische Partei 254 042, Kommunisten 113 295, Nationalsozialisten 87 061.

W.D. Weimar, 9. Dez. Die Wahl zum Landtag von Thüringen hat große Überraschungen nicht gebracht.

Die Kommunalwahlen in Polnisch-Oberschlesien

W.D. Katowitz, 9. Dez. (Tel.) Nach dem in der „Polsta Zachodnia“ veröffentlichten halbtäglichen Bericht über das Ergebnis der gestrigen Kommunalwahlen in den ostoberschlesischen Landgemeinden entfallen auf die deutsche Liste (Deutsche Wahlgemeinschaft) im Kreise Katowitz 9 Mandate gegen 13 im Jahre 1926.

Gemeindewahlen in den Danziger Landkreisen

In den Danziger Landkreisen fanden in einer Reihe von Gemeinden Nachwahlen statt, die infolge der Auflösung der Gutsbezirke notwendig wurden.

Das Kleinrentnergesetz. Die Reichsregierung teilt mit, daß die gesetzgeberischen Arbeiten zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge soweit fertiggestellt sind, daß das Reichskabinett sich in den allernächsten Tagen mit den Vorlagen beschäftigen kann.

30 neue deutsche Städte. Durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums ist 30 Ortschaften, die bisher Landgemeinden oder Marktstellen waren, der Übergang zur städtischen Verfassung gestattet worden.

ten eingriffen. Da ist vor allem Eva Quaiser als hervorragende Kinderschauspielerin und als tüchtiges Theaterkind (Christinchens) zu nennen, dann Marie Frauenhofers gute Großmutter und nicht zuletzt Ulrich von der Trend selbst in der Doppelrolle des gütigen Lehrers und des Malers Richter.

Aida

Von der hervorragend schönen Inszenierung, einstweilen gefeiert als einer Meisterleistung Turnaus, ist wahrlich nicht mehr viel zu sagen, aber auch die alten burladischen Bühnendekorationen haben mittlerweile einige Veränderungen erfahren, die heute kaum noch den ursprünglich beabsichtigten, zum Teil sehr stielichen Durchblick gestatten.

Die Titelrolle, die musikalisch schwierige Partie des Wertes, hat nunmehr Fina Reich-Dörich übernommen, für ihre ferngefunde und an sich wohlklingende Stimme keine undankbare Aufgabe, aber in der Lösung doch kaum von so sinnlich berührendem und blühendem Ton, daß der Zauber ihres Dranges jemals ganz erlösen konnte, was die Darstellung leider an einem gewissen, echt weiblichen Scharm einbüßt. Weit

Kein Rücktritt Tschiangkaiſcheks

Zu den Meldungen, daß Tschiangkaiſchek das Amt des Präsidenten der nationalchinesischen Republik wegen der Erfolge der Aufständischen niederlegen wolle, erklärte Tschiangkaiſchek selbst in einem Interview, wenn er im gegenwärtigen Augenblick zurücktreten würde, so würde dies bedeuten, den Reaktionsären in die Hände zu arbeiten.

W.D. Paris, 9. Dez. (Tel.) Nach einer Meldung aus Manila hat der Oberbefehlshaber des amerikanischen Geschwaders in den asiatischen Gewässern, Admiral McBay, den Befehl gegeben, daß 6 Torpedobootszerstörer am heutigen Montag bei Tagesanbruch mit größtmöglicher Geschwindigkeit nach China abgehen.

Unruhen auf Haiti

In der Negerepublik Haiti kam es zu einem Zusammenstoß zwischen amerikanischen Marinesoldaten und der Bevölkerung in Port-au-Prince, bei dem 5 Einwohner getötet und 20 verwundet wurden.

W.D. Washington, 9. Dez. (Tel.) Das Marinedepartement teilt mit, daß der amerikanische Kreuzer „Calveston“ gestern früh in Jacmel (Haiti) eingetroffen ist.

Piratenüberfall auf einen Dampfer

W.D. Hongkong, 12. Dez. (Tel.) (Neuter). Der Dampfer „Gaiching“ wurde von Piraten überfallen. An Bord hatten sich ein Engländer, drei Amerikanerinnen und ungefähr 300 Chinesen als Passagiere befunden.

Am Samstagabend bemerkte ein Bahnhofsbedienter auf der Bahnstrecke Braunſchweig-Hannover mehrere verdächtige Personen auf dem Bahnsperer.

Für 110 000 RM Brillanten wurden einem holländischen Händler am Samstag in Berlin gestohlen. Der Händler führte die losen Edelsteine in einem Wachsbeutel bei sich, das er in der inneren Jadedtasche verborgen hatte.

Der unter dem bringenden Verdacht des Mordes an dem Laboranten Hermann Soltan in Hamburg verhaftete 23jährige Hafenarbeiter Alwin Glueſſe, hat ein Geständnis abgelegt.

Ein schweres Sturmunwetter herrschte seit Samstag auf der Nordsee und dem Atlantischen Ozean. Zahlreiche Schiffsunfälle und schwerer Schaden wurden gemeldet.

eingringlicher wußte jedenfalls sein Publikum Carsten Dörner in Wallung zu bringen, der in fabelhaft gewählter Weise und in vorzüglich sinnlicher Verfassung den Zuhörern zum Dank den Amosabro vermittelte. Reichlich auftrumpfend und idealistisch, dennoch aber überzeugend durch die kraftvolle Ueutralität seines Paffes gab zum erstenmal hier Adolf Schöpplin den Oberpriester Ramphus. Gefänglich enttäuschte in den ersten Szenen etwas Magda Straß, fand dagegen zum Schluß über das gefühlvolle Agaleiten ins Fläche hinweg ihre gewohnte Höhe wieder.

Für die Erhaltung des Mannheimer Nationaltheaters

Am Sonntag fand in Mannheim eine von den Mitgliedern des Nationaltheaters in den Nibelungenfaal einberufene Versammlung statt, die sich zu einer maßvollen Kundgebung der Mannheimer Bürgerschaft für die Erhaltung ihrer Bühne gestaltete.

